

24. August 2016

www.kas.de

Führungsloser Markt des Südens

DIE ÜBERGABE DER PRÄSIDENTSCHAFT ENTZWEIT DEN MERCOSUR

Eigentlich wäre jetzt Venezuela an der Reihe, die Führung des Mercosur zu übernehmen. Schließlich hat Uruguay seine sechsmonatige Präsidentschaft im Staatenbund beendet. Den Rest regelt das Alphabet, und auch in Lateinamerika kommt da nach dem U ein V: V wie Venezuela. Doch Argentinien, Brasilien und Paraguay widersetzen sich und argumentieren, das Land erfülle nicht die demokratischen Voraussetzungen, um den Mercosur anzuführen. Beistand erfährt Venezuela nur vom ebenfalls sozialistisch regierten Uruguay. Dort hält man im Umgang mit dem von der Weltgemeinschaft nahezu verstoßenen Regime in der Karibik an der bewährten Strategie fest: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen.

Nicolás Maduro kennt die Einsamkeit, und echte Feinde waren dem venezolanischen Präsidenten bisher stets mindestens so wichtig wie gute Freunde. Feinde, das lernt ein angehender Populist quasi schon in der Grundausbildung, sind unverzichtbar, wenn es mal wieder schlecht läuft im Lande und jemand schuld daran sein muss. Venezuelas autoritäre, linksnationale Regierung ist bei der Auswahl von Gegnern seit jeher wenig wählerisch: Es zählt jeder dazu, der anderer Meinung ist, ob er nun im Land lebt oder nicht, wobei oppositionelle Venezolaner nach offizieller Lesart Marionetten äußerer Mächte sind.

Auf dem Kontinent hat sich Maduro lange so frei und beschützt fühlen können wie sein Vorgänger Hugo Chávez, der 2013 verstorbene Staatschef, der den Sozialismus des 21. Jahrhunderts für sich entdeckt hatte. Lateinamerika tickte schließlich links, und mancherorts – etwa im Kirchnerland Argentinien – war das schon damals wirtschaftlich

ramponierte Venezuela sogar ein Vorbild. Demokratie? Menschenrechte? Presse- und Meinungsfreiheit? Solche Forderungen nahm Maduro gern mit Humor, jedenfalls keine Sekunde lang ernst.

Vor fast genau vier Jahren hatten Argentinien, Brasilien und Uruguay dem fernen Land im Norden den Zutritt zum Mercosur gewährt und dafür sogar ein Gründungsmitglied vorübergehend suspendiert. Im Gemeinsamen Markt des Südens herrscht nämlich bei solchen Entscheidungen das Einstimmigkeitsprinzip. Paraguay jedoch hatte sich früh gegen die Aufnahme Venezuelas gewehrt, und zwar, weil die Verhältnisse dort unvereinbar seien mit der Demokratieklausele im 1998 beschlossenen Ushuaia-Protokoll. Tatsächlich ist das Abkommen ziemlich klar: Es sieht den Ausschluss eines Mitglieds sowie Handelsanktionen und Grenzsicherungen vor, wenn die demokratische Ordnung nicht mehr besteht. Denn: „Die vollständige Geltung der demokratischen Institutionen ist die grundlegende Voraussetzung für die Integration.“¹ Paraguay hat selbst zweimal die Demokratieklausele zu spüren bekommen. Zunächst 1999 während der Staatskrise, dann ausgerechnet 2012, als Argentinien, Brasilien und Uruguay auf die Aufnahme Venezuelas als Vollmitglied drängten und ein Veto Paraguays verhindern wollten.

Ironie der Geschichte: Argentinien überhaupt Mauricio Macri drängt seit seinem

¹ Der Text findet sich unter: <http://www.ohchr.org/EN/Issues/RuleOfLaw/CompilationDemocracy/Pages/MERCOSURProtocol.aspx> [22.08.2016].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
PARTEIENFÖRDERUNG UND
DEMOKRATIE IN LATEIN-
AMERIKA**

DR. KRISTIN WESEMANN
HENNING SUHR

24. August 2016

www.kas.de

Amtsantritt im Dezember 2015 darauf, Venezuela aus dem Mercosur auszuschließen – und beruft sich auf die Demokratieklause, sehr zur Freude Paraguays, das dem Staatenbündnis mittlerweile wieder angehört.

Der Mercosur ist seit jeher eine Art Navigationsgerät, das die politischen Positionen seiner Mitglieder zuverlässig bestimmt. Als das Bündnis 1991 gegründet wurde, ging es vor allem darum, den Handel zu erleichtern und den gemeinsamen Binnenmarkt (260 Millionen Menschen) zu stärken. Wirtschaftsfreundliche, liberale Präsidenten wie Carlos Menem (Argentinien) und Luis Alberto Lacalle Herrera (Uruguay) gaben den Kurs vor. Dann eroberten nach der Jahrtausendwende reihenweise linkspopulistische Politiker wie Ignacio Lula da Silva (Brasilien) oder Néstor Kirchner (Argentinien) die Präsidentenpaläste und für ihre revolutionären Pläne und einzigartigen Projekte erschien ihnen der Mercosur viel zu klein. Groß genug war man nur selbst. Der Mercosur verkam zu einem Treffen, bei dem sich gegenseitig kräftig auf die Schulter geklopft wurde.

Derzeit ist mal wieder offen, was aus ihm wird. Argentinien hat nach zwölfenhalb Jahren Kirchnerismus keine linke Regierung mehr und treibt unter dem liberal-konservativen Präsidenten Macri die Rückkehr zu einem Wirtschaftsbandnis voran. In Venezuela wankt Maduro, und dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts gescheitert ist, hat er indirekt längst eingestanden. Neuerdings lässt Maduro nämlich regelmäßig die Grenze nach Kolumbien öffnen und erlaubt seinem hungernden Volk das Einkaufen beim Nachbarn. Uruguays sozialistische Regierung kämpft derzeit mit Korruptions-skandalen, Inflation und Wirtschaftsfalste. Und auch in Brasilien ist die politische Lage nach der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff im Mai durch das Parlament äußerst volatil. Das Land steckt nach wie vor in einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise, die auch durch die olympischen Spiele nicht kaschiert werden konnte.

„Der Mercosur war ein Club von Freunden, die nun keine Freunde mehr sind“, schreibt

der uruguayische Journalist Tomás Linn. Der Beziehungsstatus? Schwierig, mindestens. Man nimmt jedenfalls kein Blatt mehr vor den Mund. Maduro hat sich schon Argentinien, Brasilien und Paraguay vorgeknöpft und geklagt, dieser „Dreibund der Folterer Südamerikas“ verfolge sein Land. Die Regierung in Asunción nannte er eine „korrupte Drogenhändleroligarchie“, den argentinischen Kollegen Macri beschrieb er als „ausgemergelt, gescheitert“, in Brasilien ohne Rousseff entdeckte er gar eine „Diktatur“.

Maduro, der Feindschaften so gern pflegt, hat seine besten Freunde auf dem Kontinent verloren, auch das macht seine Lage so bedrohlich. Er müsse doch nur die politischen Gefangenen freilassen und auch sonst zeigen, dass sich Venezuela der Demokratie verpflichtet fühle, sagte Paraguays Außenminister Eladio Loizaga jüngst in Montevideo. Sein brasilianischer Kollege José Serra formulierte es ähnlich: „Venezuela lebt unter einem autokratischen, nicht demokratischen Regime.“ Ein Land, in dem es politische Gefangene gebe, sei keine Demokratie.

Doch ausgerechnet Uruguay, sonst gern gelobt für seine funktionierende Demokratie, gibt sich großzügig. Außenminister Rodolfo Nin Novoa beschwerte sich, dass die anderen Mitglieder „höchst politische“ Argumente suchten, und sprach von „Mobbing“ gegen Venezuela.² Und von der Demokratieklause hält er auch nichts – vollkommen ungeeignet diesmal, nicht anwendbar auf Venezuela.³

Ob man sich einig wird? Dass jemand nachgibt, ist jedenfalls eher unwahrscheinlich. „Venezuela wird die Präsidentschaft nicht übernehmen“, hat Brasiliens Außenminister

² Valeria Gil, El gobierno dice que Brasil lo molesto al intentar “comprar” su voto para aislar a Maduro, in El País vom 16.08.2016, <http://www.elpais.com.uy/informacion/gobierno-o-dice-que-brasil-molesto.html> [22.08.2016].

³ ebd.

⁴ Crisis del Mercosur: Susana Malcorra de-claró que Uruguay "creó un vacío y un lim-bo" en el bloque regional, in Infobae vom 18.08.2016, <http://www.infobae.com/america/america->

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM
PARTEIENFÖRDERUNG UND
DEMOKRATIE IN LATEIN-
AMERIKA**

DR. KRISTIN WESEMANN
HENNING SUHR

24. August 2016

www.kas.de

Serra gesagt. Seine Amtskollegin in Caracas, Delcy Rodríguez, sieht das erkennbar anders. Sie hat vor dem Außenministerium schon die Mercosur-Fahne hissen lassen. Die regierungstreuen Medien berichteten vom Antritt der Präsidentschaft. Nur Paraguay habe die Übergabe des Vorsitzes an Venezuela boykottiert, was aber der Übergabe keinen Abbruch getan hätte. Das Protokoll von Ouro Preto erwähnte der Präsident freilich nicht. Denn darin steht, dass jedes Mitglied – unabhängig vom Vorsitz – bei solchen Entscheidungen das Vetorecht hat.

Einmal mehr sind sich die Mercosur-Länder uneinig im Umgang mit Venezuela. Sie zögern, lavieren und verfangen sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen. Im Moment widersetzt sich insbesondere Uruguay dem Ausschluss Venezuelas oder auch nur der Übergabe der Präsidentschaft an Argentinien. In der Regierungskoalition des Präsidenten sitzen auch Kommunisten und Sozialisten, die es zufriedenzustellen gilt und die sich dem Chavismus durchaus verbunden fühlen. Die aktuelle Pattsituation wird wohl die kommenden sechs Monate anhalten: Venezuela spielt Ratsvorsitzender, auch ohne Amtsübergabe und offizielle Anerkennung. Für das außenpolitische Muskelspiel im Inneren reicht das. Für die anderen bleibt der Mercosur-Vorsitz so lange vakant, bis Argentinien ihn übernimmt. Und der Staatenbund büßt einmal mehr an Glaubwürdigkeit ein – gegenüber sich selbst, in der Region und gegenüber Handelspartnern wie der EU.

latina/2016/08/18/susana-malcorra-afirmo-que-uruguay-creo-un-vacio-y-un-limbo-en-el-mercosur/ [22.08.2016].